

II-2969 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1502 /J

1977 -11- 30

A N F R A G E

der Abgeordneten BURGER, Ing.LETMAIER, URL  
und Genossen  
an den Bundesminister für Bauten und Technik  
betreffend Verkehrssituation in Niklasdorf, Steiermark

Die Landesbaudirektion Steiermark hat mit einem im Jahr 1974 eingebrachten Landtagsantrag und Vorsprachen von Vertretern der Gemeinde Niklasdorf im März 1975 dem Bundesminister für Bauten und Technik ein Projekt für die Errichtung einer Überführung über die Bundesstraße 116 in Niklasdorf zur Genehmigung vorgelegt. Mit der Begründung, daß Mittel aus der Bundesmineralölsteuer für eine Überführung der B 116 nicht verwendet werden dürfen, wurde diesem im engsten Einvernehmen zwischen Landesbaudirektion und Gemeinde erstellten Projekt die Genehmigung versagt.

Als Ersatzlösung wurde ein Ampelprovisorium vorgeschlagen und trotz beachtlicher Bedenken seitens der Fachleute 2 Ampelanlagen errichtet und am 1.Juni 1976 in Betrieb genommen.

Diese beiden Ampelanlagen bewirken seither vor allem in Stoßzeiten den vorhergesagten Verkehrsstau, die Autokolonnen werden durch die nicht synchron funktionierenden Ampeln noch verdichtet und die Bevölkerung von Niklasdorf wird durch die Brems- und Beschleunigungsmanöver und die dadurch verstärkte Lärm- und Abgasentwicklung schwerstens belastet. Wohl gab es seit der Inbetriebnahme der Ampeln keinen Verkehrstoten zu beklagen, die Unfallzahlen hingegen sind wesentlich gestiegen. So ereigneten sich im Ampelbereich zwischen 1. Juni 1976 (Inbetriebnahme) und 31. Oktober 1977 76 Verkehrsunfälle, wobei 8 Personen verletzt wurden.

In der Annahme, daß bis zur Realisierung der Schnellstraße S 6 und der damit verbundenen Umfahrung des Ortsbereiches von Niklasdorf noch geraume Zeit verstreichen wird und unter Zugrundelegung der Expertenmeinung, daß trotz der Inbetriebnahme des Gleinalmtunnels die B 116 im Jahre 1981 noch stärker frequentiert sein wird, als zum gegenwärtigen Zeitpunkt, sind die unterzeichneten Abgeordneten der Ansicht, daß eine ehestmögliche Lösung dieses für die zweigeteilte Gemeinde Niklasdorf so brennenden Problems gefunden werden müßte.

Nach wie vor erscheint eine Überführung über die Bundesstraße am geeignetsten zu sein.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Bauten und Technik folgende

#### A N F R A G E :

Sind Sie bereit, das Verkehrsproblem aus oben angeführten Gründen prüfen zu lassen, um den Bau einer Überführung für Fußgänger im zweigeteilten Ort Niklasdorf zu realisieren ?